Nr. 97 — Jahrgang 19 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Donnerstag, den 27. April 1933

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 4. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). — Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Ein Konsultativpakt mit Amerika?

Sicherheit für Europa — Die Aussprache Herriot mit Roosevelt — Die französischen Forderungen in Washington

Washington. Der amerikanische Staatssekretär Hull deutete an, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, mit den führenden Großmächten einen Konsultativpakt abzuschließen, um die Sicherheitsforderungen der europäischen Völker zu befriedigen. Er wies darauf hin, daß die Wahlprogramme der beiden amerikanischen Parteien grundsätzlich einen solchen Pakt vorsähen. Der beabsichtigte Konsultativpakt würde ein besonderes Abkommen darstellen und sei nicht als Anhängsel zum Kelloggpakt gedacht.

Die Besprechung Herriot-Roosevelt

Das deutsche Verlangen nach Rüstungsgleichheit.

Washington. Wie hier verlautet, hat Herriot in seiner Besprechung mit dem Präsidenten Roosevelt in der letzten Nacht ausgeführt, daß das deutsche Verlangen nach Rüstungsgleichheit für Frankreich den Kernpunkt aller schwebenden Probleme bedeute. Das Temperament der gegenwärtigen deutschen Regierung mache die Abrüstung für Frankreich unmöglich und werfe alle beabsichtigten Pläne über den Haufen, falls nicht anderweitige Kompensationen geboten würden.

*

Washington. Im Verlauf der Washingtoner Verhandlungen hat sich nunmehr ergeben, daß Frankreich außer der Forerdung politischer und militärischer Sicherheit die sofortige Stabilisierung des Dollars und des englischen Pfundes verlangt. Roosevelt und Macdonald wollen die endgültige Stabilisierung der Währungen für die Londoner Konferenz als ein Handelsobjekt aufsparen unter dem Vorwand, daß der Dollar und das Pfund ihre natürliche Ausgleichsgrundlage selbst suchen müssen.

Macdonald, Herriot und der kanadische Ministerpräsident Bennett waren am Dienstag Gäste des Staatssekretärs Hull im eleganten Sulgrave-Club.

Macdonald will Kriegsschuldenrevision

Allgemeiner Zollwaffenstillstand?

Washington. Auf die Begegnung Roosevelts, Macdonalds, Herriots und Bennetts mit verschieden führenden Mitgliedern des Kongresses bei einem privaten Essen im Weißen Hause am Abend richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit. Ihr wird um so größere Bedeutung beigelegt, als Roosevelt wiederholt durchblicken ließ, daß er sowohl in der Kriegsschuldenfrage wie hinsichtlich des Konsultativpaktes endgültige Schritte ohne Befragung des Kongresses nicht unternehmen könne.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett erklärte, daß die Verträge von Ottawa keineswegs einen Hinderungsgrund für die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten darstellten.

Wie aus London gemeldet wird, beabsichtigt Norman Davis, auf der ersten Sitzung des vorbereitenden Ausschusses für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz am nächsten Sonnabend einen allgemeinen Zollwaffenstillstand vorzuschlagen.

Polens Abrüstungswünsche

Die Arbeiten der Abrüstungskonferenz — Aussprache über den englischen Plan

Genf. Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wurden am Dienstag die Zusatzanträge zum ersten Teil des englischen Abkommensentwurfes über die Sicherheitsfrage behandelt. Dieser 6 Artikel umfassende Teil sieht eine Konferenz der vertragschließenden Mächte im Falle einer Verletzung oder einer drohenden Verletzung des Kelloggpaktes vor, deren Entscheidung, um endgültig zu sein, der Zustimmung der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans, Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten bedarf. Die Vertreter von Polen, China, Sowjetrußland, Norwegen und Frankreich begründeten ihre Zusatzanträge zum ersten Teil des englischen Abkommens.

Der Vertreter Polens, Graf Raczynski, verlangte, daß eine völlige Umgestaltung des englischen Planes im Sinne eines automatischen Einschreitens des Völkerbundes erfolgen müsse. Der sowjetrussische Botschafter Dowgalowski begründete den sowjetrussischen Antrag, der eine bis ins Einzelne gehende Bestimmung derjenigen Maßnahmen vorsieht, die als einen Bruch des Kelloggpaktes aufzufassen sind. Der von Massigli vorgebrachte Abänderungsantrag der französischen Regierung sucht das Schwergewicht auf die von Frankreich verlangten europäischen Regionalsonderabkommen und die gegenseitigen Hilfsmaßnahmen zu lenken, obwohl bereits Deutschland und Italien grundsätzlich den gegenseitigen Hilfspakt abgelehnt hatten. Zum Schluß der Aussprache wandte sich der englische Staatssekretär Eden gegen die all zu weit gehenden Abänderungsanträge und bezeichneten insbesondere den polnischen Antrag als unannehmbar. Die englische Regierung halte im wesentlichen an ihrem ursprünglichen Vertragsentwurf fest und wende sich gegen eine jede Verschiebung der Grundlagen ihres Entwurfes

Zum Schluß der Sitzung richtete Präsident Henderson an sämtliche Mächte die Aufforderung, unverzüglich Zusatz- und Abänderungsanträge zu allen Teilen des englischen Abkommens einzureichen.

Straßenunruhen in Spanien

Madrid. In Lucena in der Provinz Cordoba griffen streikende Landarbeiter einen Gendarmerieposten an. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch und töteten einen Arbeiter. In Almeria wurden bei einer Straßenkundgebung der Arbeitslosen Polizeibeamte von der Menge bedroht. Auch hier mußten die Beamten zu ihrer Verteidigung die Schußwaffe gebrauchen. Es gab einen Toten und vier Verwundete. In Barcelona ist Dienstag morgen der Verkehrsstreik ausgebrochen.



Zum Präsidenten des Deutschen Sängerbundes gewählt

Rektor Georg Brauner ist der Nachfolger des verstorbenen ersten Vorsitzenden des Deutschen Sängerbundes, Prof. Hammerschmidt.

Hugenbergs Glück und Ende?

Als vor einigen Tagen der deutschnationale Parteiführer Hugenberg und Wirtschaftsminister in der Regierung der „nationalen Revolution" eine sehr gewundene Erklärung abgegeben hat, daß das Ermächtigungsgesetz an den Reichskanzler Hitler solange nur in Kraft ist, als die „nationale Konzentration" besteht, konnte man ahnen, daß Kräfte am Werk sind, die die „Wirtschaftskontrolle" der „nationalen Revolution" ziemlich überflüssig finden. Aber auch ohne die Erklärung Hugenbergs war es kein Geheimnis, daß er und seine Freunde im Kabinett nur „geduldet" werden, im übrigen den Entscheidungen zustimmen mögen oder nicht, die im Eiltempo die nationalsozialistische Revolution vollziehen sollen, die nach den Worten Hitlers auf der Münchener Führertagung noch keineswegs beendet ist. Aus der Erklärung Hugenbergs klang so eine Art Drohung heraus, indem er den eigenen Freunden in Stadt und Land versichert, daß noch nicht alles verloren sei und wenn da und dort Eingriffe geschehen sind, dann ist dies nur dem „Eiltempo der Revolution" zu verdanken, welche noch nicht nach den konservativ-monarchistischen Begriffen der „Rechtsdogmen" sanktioniert sind. Wer nur einigermaßen hinter die Kulissen der „nationalsozialistischen Revolution" im Gegensatz zur gewollten „nationalen Revolution" zu blicken vermag, der wird anerkennen, daß den Schöpfern dieser Revolution die Früchte längst davongeschwommen sind, und ihre Hoffnung auf die Aktion der Reichswehr, um der „sozialistischen Revolution" Einhalt zu gebieten, mindestens verfehlt ist. Diesen Tatbestand, daß Hitler regiert und die anderen Minister nur zu sekundieren haben, wird niemand leugnen, der „soviel deutschen Sozialismus" über sich ergehen lassen muß, obgleich er noch vor dem Zusammentritt des Reichstags versichert hat, daß er „Feind jeglicher sozialistischen Bestrebungen" sei, wie es Hugenberg tat und seine Mannen, die erst die „nationale Revolution" vollendet sehen wollten, wenn die Monarchie wieder Deutschlands Staatsform sein werde.

Den Monarchisten hat der Reichskanzler schon bei der Reichstagseröffnung eine klare Antwort gegeben, indem er erklärte, daß es in Deutschland keine Zeit für monarchistische Experimente gebe und als die Herren zu laut den Geist von Potsdam lobten, wurde ihnen vom jetzigen preußischen Ministerpräsidenten Göring sehr eindringlich und deutlich gesagt, daß man mit dem Hurrapatriotismus und nationalen Klimbim aufhören solle und sich dessen besinne, daß die nationale Revolution zugleich eine sozialistische sei, und daß gerade auf das Wort „sozialistisch", seitens der Führung des neuen Deutschlands das Hauptgewicht gelegt werde. Wer hören wollte, konnte hieraus mit allem Nachdruck die Absage an die Hugenbergsche Wirtschaftsführung herauslesen und zur Dokumentierung hat man den Reichsarbeitsbeschaffungsminister Dr. Gereke aus dem Kabinett heraus verhaftet, weil er Verfehlungen im Amt begangen haben soll, obgleich es bekannt ist, daß er diese angeblich mißbrauchten Gelder für die Reichspräsidentenwahl Hindenburgs verbraucht hat. Herr von Papen, der Preußenkommissar, der Befürworter Hitlers beim Reichspräsidenten sollte preußischer Ministerpräsident werden, wodurch man die Nationalsozialisten von der Wirtschaft aus und von Preußen in eine Zange gesetzt hätte, also ihre Macht einzuschränken beabsichtigte. Ehe dieses nationale Experiment gelang, war auch von Papen ausgeschifft, er ist zwar Vizekanzler geblieben, aber eigentlich Minister für besondere Verwendung an internationalen Konferenzen und vornehme Diplomatie, wo er nichts mehr zu sagen hat, als zu repräsentieren. Auch dieses unerwartete Ereignis war eine Durchkreuzung Hugenbergscher Pläne, die man nur mit Dank quittiert hat. Damit die Autorität der „nationalsozialistischen Revolution" anerkannt wird, hat man Hugenbergs Staatssekretär in Preußen, Herrn v. Bismarck, der erst während der nationalen Revolution in sein Amt eingesetzt wurde, einfach zur anderweitigen Verwendung aus dem Amt gejagt, weil er voller Begeisterung bei der deutsch-

Wir demonstrieren am 1. Mai für — **Vollständige Arbeitsruhe ist Pflicht!** — **Massen heraus!**

Freiheit und Sozialismus!

nationalen Jugend zu viel von einem kommenden monarchistischen Deutschland gepredigt hat, was gegen die nationalsozialistische Mission Görings ging.

In Ostpreußen wurde der Einfluß Hugenbergs in einer Reihe von Kreditgenossenschaften und landwirtschaftlichen Instituten radikal gesäubert, bei der Besetzung verschiedener Posten ist auf den deutschnationalen Partner überhaupt keine Rücksicht genommen worden und das alles muß, zum größten Entsetzen des deutschnationalen Anhangs, der Wirtschaftsminister Hugenberg über sich ergehen lassen. Deutschnationale Größen werden genau so idssamiert, wie die Marxisten, zu deren Vernichtung Hugenberg die Macht Hitlers zu gebrauchen hoffte. So darf es nicht überraschen, daß die Deutschnationalen außerhalb Berlins einsehen, daß es für sie nur einen einzigen Ausweg gibt, den Anschluß an die Nationalsozialisten nicht zu verpassen. Es war bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz schon in der Reichstagsfraktion Hugenbergs eine Katastrophenstimmung, die sich gegen die Erteilung aussprach, aber damals mußte einfach mitgegangen werden, nachdem ein Teil der Fraktion mit dem Anschluß an die Nationalsozialisten drohte. Inzwischen ist die Stimmung noch schärfer gegen den Fraktionsführer der nicht einmal seinen Nachfolger in der Parteiführung, Oberfohrer, halten konnte, als bei ihm Haussuchungen gemacht und beednkliches Material gegen die Nationalsozialisten zutage gefördert wurde. Oberfohrer mußte sein Reichstagsmandat niederlegen, und aus Gnade behielt man Hugenberg als Minister weiter. Nun haben die Braunschweiger Bundesgenossen Hugenbergs den Entschluß gefaßt, sich den Nationalsozialisten anzuschließen und den Wirtschaftsminister Hugenberg laufen zu lassen, der noch in letzter Stunde einen Kommissar mit außerordentlichen Parteivollmachten, zur Verhinderung der Katastrophe nach Braunschweig gesandt hat. Hugenbergs Bevollmächtigter mußte sich, wie seinerzeit der Arbeitsminister Seldte, beim Stahlhelm in Braunschweig überzeugen, daß hier nichts mehr zu retten sei, sondern man die Tatsachen hinnehmen muß, weil es gegen die „nationalsozialistische Revolution“ im nationalen Lager keinen Widerstand gibt. Hugenberg erntet, was er als Parteifühürer gesäet hat, und sein Ministerium selbst ist nur eine Schicksalsfrage von wenigen Wochen, bis die nationale Revolution an die Verwirklichung ihrer „sozialistischen Pläne“ gehen wird, die am 1. Mai verkündigt werden sollen. Dieser Vierjahresplan wird Hugenberg zum Verhängnis, obgleich er ihn in der ersten Regierungsproklamation selbst gutgeheißen und unterschrieben hat.

An den Deutschnationalen bestätigt sich nur der Verlauf der Revolution, die ihre eigenen Kinder verschlingt, wenn sie zaghaft sich von den Ereignissen treiben lassen und auf die Fehler der Revolutionspartner warten. Die Marxisten hat man durch den Reichstagsbrand „beseitigt“, ihre Meinungsfreiheit mit Gewalt niedergehalten und damit allen bürgerlichen Parteien das Todesglöcklein geläutet, ob sie es hören wollen oder nicht. Der Geist von Potsdam ist durch den Nationalsozialismus weggeblasen, er traf die Staatspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und wird auch vor den Deutschnationalen nicht stehen bleiben. Hugenbergs politische Karriere, reich an Niederlagen, schreitet mit Riesenschritten dem Ende zu. Keine patriotischen Ufafilme und eine gefügige Presse, werden daran etwas ändern; mit der Vernichtung des Marxismus ist am härtesten das Bürgertum, ob konservativ, religiös oder liberal, getroffen worden. Deutsche Kultur und deutsches Leben vollziehen sich nach der nationalsozialistischen Parteischablone, die erst wieder verschwinden wird, wenn in Deutschland sich der Marxismus regen wird. Und er wird sich regen, wenn man erst aufhören wird müssen, aus den Anleihen zur Volksbegeisterung beim Marxismus, marxistische Taten vollführen zu müssen. Aber dann wird man von Hugenberg nur noch als einer Geschichtsepisode sprechen. —U.

150 Mill. Dollar für das amerikanische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Washington. Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm mit großer Mehrheit die Regierungsvorlage über den Ausbau des Großkraftwerks Musoleshoals sowie über die Aufforstung, Regulierung und Meliorierung des gesamten Tenessee-Flußgebietes an. Die Vorlage erfordert vorläufig Staatsmittel in Höhe von 150 Millionen Dollar.

Keine Revisionspolitik

Weder Kommunismus noch Hitlerismus — Der tschechoslowakische Außenminister Benesch über die außenpolitische Lage

Prag. In der Vollsitzung des Prager Abgeordnetenhauses hielt am Dienstag Außenminister Dr. Benesch eine lange Rede über die politische Lage. Es sei die Frage aufgeworfen, so erklärte er, ob wir uns in Europa einem kriegerischen Konflikt näherten. Gleichzeitig sei die Revisionsfrage aufgeworfen worden. Für Italien sei die Revisionspolitik ein Mittel, um eine Aenderung der europäische Verhältnisse zugunsten Italiens herbeizuführen. Italien achte aber darauf, daß die alte mitteleuropäische Politik Deutschlands sich nicht wieder geltend mache. Italien sei aus diesem Grunde gegen den Anschluß. Kein selbständiger Staat werde es in Anwendung einer Revisionspolitik zulassen, daß jemand anders über sein Gebiet verfüge. Wenn jemand etwas ähnliches mit der Tschechoslowakei machen wolle, müsse er sich dieses Gebiet mit seinem Heere holen. Wir würden es zu verteidigen wissen. — Im Zusammenhang mit der inneren Gestaltung der Tschechoslowakei erklärte Benesch, daß die Völker nur durch demokratische Entwicklung gedeihen können. Europa werde weder durch den Kommunismus noch durch den Hitlerismus gesunden. Der Parlamentarismus sei die Grundlage, durch welche auch die Minderheiten zu ihrem Rechte kommen.

10-Jahresplan in Mandschukuo

London. Berichten aus Tschangtschun zufolge sind in dem 10-Jahresplan der neuen mandschurischen Regierung in der Hauptsache folgende Ziele gesetzt worden: Erweiterung des Eisenbahnnetzes um 3 800 Kilometer und des Straßennetzes um 57 000 Kilometer, Errichtung einer Luftlinie von 3 300 Kilometer Länge innerhalb drei Jahre. Ausdehnung der Telefonverbindungen nach allen wichtigen Städten, Bau von Musterstädten in Hsinking. Mukden, Charbin, Kirin und Tsitsikar, Hafenverbesserungen in Antung, Yingku und Hulutac. In Mukden, Antung, Charbin und Kirin sollen Fabrikviertel entwickelt werden. Industrie und Landwirtschaft sind durch langfristige Anleihen zu niedrigem Zinsfuß zu unterstützen. Schließlich ist die staatliche Kontrolle der wichtigsten Industrien vorgesehen.



Wer ist hier der richtige Schmeling?

Diese lustige Aufnahme zeigt die früheren Boxweltmeister Max Schmeling (links) und Jack Dempsey (rechts). Sie ähneln einander so stark, daß man sie zunächst nicht unterscheiden kann, sondern sie für Zwillinge hält.

Die Deutschfeindlichkeit wächst

Eine Entschließung des Exekutivausschusses der interparlamentarischen Union.

Genf. Der Exekutivausschuß der interparlamentarischen Union hat in seiner Sitzung am Montag eine ursprünglich streng geheim gehaltene Entschließung gefaßt, die sich unmittelbar gegen Deutschland richtet. Auf Beschluß des Ausschusses sollte diese Entschließung unter keinen Umständen in die Presse kommen, jedoch veröffentlichte, wie üblich, das polnisch-französische Organ „Journal de Nations“ am Dienstag den Wortlaut der Entschließung, die, wie das Blatt feststellt, eine eindeutige moralische Verurteilung Deutschlands darstellt. In der Entschließung heißt es, daß der interparlamentarische Rat angesichts der schweren Bedrohung des parlamentarischen Regimes in der letzten Zeit, die vom Rat mit lebhaftem Bedauern aufgenommen worden sei, von neuem seinen unerschütterlichen Glauben an das parlamentarische System als den Ausdruck des Volkswillens und der Kontrolle ... Staatsgewalt ausspricht, die parlamentarische Unantastbarkeit und das Recht zur Opposition fordert und erneut den entscheidenden Grundsatz der demokratischen Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zum Ausdruck bringt.

Sitzung der sozialdemokratischen Preußenfraktion

Berlin. Die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion hielt am Dienstag eine Sitzung ab, in der mitgeteilt wurde, daß sich die Abgeordneten **Lau, Bauer, Leinert und Freter** in Schutzhaft befänden. Wie von der Fraktion mitgeteilt wird, ist der Abgeordnete Hofäcker-Kassel, der vor einiger Zeit seinen Austritt aus der Fraktion erklärt hatte, dieser wieder beigetreten. In einer politischen Aussprache habe sich die Fraktion mit der Schutzhaftfrage beschäftigt. In dieser Angelegenheit seien Besprechungen mit den zuständigen Stellen eingeleitet.

Flucht von Starhemberg

32 österreichische Heimatschutzführer unterstellen sich der ...

Wien. Anläßlich einer Führertagung des deutsch-österreichischen (steirischen) Heimatschutzes in Linz an der Donau ... 32 Ortsgruppenführer des bisher zu Starhemberg gehörenden oberösterreichischen Heimatschutzes geschlossen zum deutsch-österreichischen Heimatschutz übergehen zu wollen, das heißt sich Hitler zu unterstellen.

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus in Rumänien

Bukarest. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus in jeder Form und Gestalt hat in Rumänien begonnen. Im Laufe der gestrigen Nacht hatte Geheimpolizei in sämtlichen Büros und Zweigstellen der Nationalsozialisten Hausdurchsuchungen veranstaltet. Die Archive, Fahnen, Abzeichen und Uniformen wurden beschlagnahmt und die Büros versiegelt. In Czernowitz wurde das kürzlich erschienene Organ der dortigen deutschen Nationalsozialisten „Der Scharfschütze“ für drei Wochen wegen eines judenfeindlichen Artikels verboten. Ein reichsdeutscher Hitlerkurier ist festgenommen worden. Gleichzeitig wird aus Czernowitz ein enger Zusammenschluß der deutschen und rumänischen Nationalsozialisten gemeldet, die ab Donnerstag eine Boykottaktion gegen alle jüdischen Geschäfte einleiten und gleichzeitig ein eigenes Import- und Exportgeschäft gründen wollen, um den jüdischen Import-handel auszuschalten. Auf die Beschwerde einer jüdischen Delegation über das Versagen der bewaffneten Macht bei den letzten Czernowitzer Ausschreitungen erklärte der Kriegsminister, Schutz der Bürger sei Aufgabe der Polizei, er würde jedoch alle Sturmabteilungen im ganzen Lande auflösen und den Belagerungszustand in aller Schärfe anwenden.

EDGAR WALLACE

GEHEIMAGENT NR. 6

16)

Ihre Worte brachten ihn aufs neue in Verwirrung, aber er wußte seit langem, daß der Angriff die beste Verteidigung ist.

„Ich halte es eigentlich für unnötig, Mr. Roß für Ihren Vater zu beobachten“, erwiderte er etwas von oben herab, „besonders wenn er es hier in seiner Wohnung ebensogut tun kann wie ich.“

„Wie meinen Sie denn das?“

„Nun, Mr. Roß kommt doch zu Besuch hierher“, entgegnete er unschuldig.

„Mr. Roß?“

Sie schaute ihn scharf an, und plötzlich schien sie zu verstehen. Nur einen Augenblick gelang es ihr, sich zu beherrschen, dann lehnte sie sich im Stuhl zurück und lachte.

„Fabelhaft!“ sagte sie. „Mr. Roß in diesem Haus! Haben Sie ihn denn kommen sehen?“

„Ja“, antwortete Smith kühl.

„Haben Sie auch beobachtet, wie er wieder fortging?“

„Nein.“

„Solange hätten Sie aber warten sollen,“ meinte sie mit erkünsteltem Ernst. „Sie hätten doch aufpassen müssen, bis er wieder herauskam. Dann hätten Sie ihn zum Hotel begleiten und ihn ins Bett bringen müssen. Dazu sind Sie doch angestellt!“

Smith fühlte sich unbehaglich. Er wußte nicht, ob sie zornig war oder ob sie nur Scherz mit ihm trieb.

„Sie haben also gesehen, wie Mr. Roß hierherkam“, sagte sie nach einer Weile. „Haben Sie das meinem Vater erzählt?“

„Nein.“

Ihre Unterhaltung wurde unterbrochen, denn ein Diener rollte den Teewagen herein. Als er wieder gegangen war und sie eingegossen hatte, lehnte sie sich zurück. Sie hielt den Blick zu Boden gesenkt, als ob sie über ein Problem nachdächte.

„Mr. Smith, Sie halten mich wahrscheinlich für entsetzlich schlecht, weil ich so leichtfertig über die schreckliche Szene am Quai des Fleurs spreche. Aber ich habe Grund dazu.“

„Ich glaube diesen Grund zu kennen“, entgegnete er ruhig.

„Wirklich? Eigentlich sollte ich mich vor Ihnen hüten und nach der Polizei rufen, wenn Sie in meine Nähe kommen. Sie sind wirklich ein schlimmer Verbrecher, nicht wahr?“

Smith grinste verlegen. Von allen Menschen glückte es ihr allein, ihn ständig in Verwirrung zu bringen.

„Ja, vielleicht haben Sie recht, obwohl ich —“

„In England noch nicht in den Akten geführt werde — ich weiß.“

„Ich bin ein merkwürdiges junges Mädchen, weil ich ein merkwürdiges Leben hinter mir habe. Meine Jugend verbrachte ich in einer kleinen Stadt von New Yersey —“

„Seltsam!“ erwiderte Smith, während er den Tee umrührte.

„Werden Sie bitte nicht ironisch“, entgegnete sie lächelnd. „Ich war sehr, sehr glücklich in Amerika, obwohl ich keine Eltern zu haben schien. Nur mein Vater kam gelegentlich, und er ist — wie soll ich es sagen — ziemlich kühl und unnahbar.“

Smith nickte.

„Ich hätte lange Zeit in New Jersey bleiben können, vielleicht mein ganzes Leben, denn ich liebe die Gegend. Aber —“ sie zögerte einen Augenblick — „ich machte eine schreckliche Entdeckung.“

„Und was war das?“ fragte er interessiert.

„Das will ich Ihnen nicht sagen, wenigstens im Augenblick noch nicht.“

Seine Neugierde war in hohem Maße erregt.

„Vielleicht könnten Sie mir und auch sich selbst sehr viel helfen, wenn Sie es mir sagten.“

Sie sah ihn unschlüssig an und schüttelte dann den Kopf.

„Ich will Ihnen etwas davon erzählen, und ich verlange nicht einmal von Ihnen, daß Sie darüber schweigen. Sicherlich tun Sie das ohne Aufforderung, denn ich kenne ja auch ein Geheimnis von Ihnen.“

„Ich fürchtete schon, Sie würden mich verraten —“ begann er, aber sie brachte ihn durch eine Handbewegung zum Schweigen.

„Darüber wollen wir nicht sprechen. An einem der nächsten Tage werden Sie eine große Ueberraschung von mir erleben.“

„Was haben Sie in New Jersey entdeckt?“

„Nach dem Tod meiner Mutter fuhr mein Vater nach Europa“, entgegnete sie langsam, „und er ließ eine Anzahl von Sachen in der Obhut seines Rechtsanwalts Cram zurück. Dieser bezahlte meine Auslagen und auch die Kosten des Haushaltes

Als ich später alt genug war, um selbst Geld zu verwalten, erhielt ich jeden Monat eine bestimmte Summe von ihm. Während Mr. Valentine nun in Europa war, starb der alte Herr plötzlich und seine Praxis ging in fremde Hände über. Der neue Inhaber sandte mir einen kleinen Aktenkasten zurück, den Mr. Cramb bis dahin aufbewahrt hatte. Mein Geld erhielt ich von da ab durch eine Bank. Die neuen Rechtsanwälte wollten in dem Büro aufräumen, in dem sich allerhand Akten und andere Dinge angesammelt hatten.

Ich hatte nicht die leiseste Idee, was ich damit machen sollte. Mrs. Temple, die damals den Haushalt führte, redete mir zu, die Sachen als eingeschriebenes Paket an meinen Vater nach Europa zu schicken. Der Aktenkasten war aber viel zu schwer, als daß ich ihn als einfaches Paket hätte senden können. Ich suchte einen Schlüssel, um ihn zu öffnen, und das gelang mir auch. Er war mit Papieren und Dokumenten gefüllt, die mit Ausnahme ein paar loser Schriftstücke und Photographien sorgfältig gebündelt waren. Ich nahm sie heraus und schickte sie meinem Vater. Als ich dann die losen Dokumente durchsah, fand ich eines darunter, das mich veranlaßte, nach Europa zu fahren. Vater hatte mich schon oft darum gebeten, aber ich glaubte nicht, daß er es ernst meinte. Aber nun war mein Entschluß gefaßt.“

„Wie lange ist das denn her?“

„Etwa zwei Jahre.“

Smith dachte eine Weile nach.

„Das erklärt allerdings viel. Und was machen Sie nun hier in England?“

Er erhielt eine Antwort, auf die er nicht gefaßt war.

„Ich modelliere in Wachs. Hat Ihnen das mein Vater nicht erzählt?“

„Sie modellieren?“

„Gewiß. Ich will es Ihnen zeigen, wenn Sie sich dafür interessieren.“

Sie führte ihn zu einem kleinen Kabinett, das auf der Rückseite des Hauses lag und wie eine Werkstatt ausgestattet war. Ein langer, hölzerner Tisch, ein paar einfache Stühle und ein großer Schrank standen darin.

Er betrachtete erstaunt die hübschen Plastiken, die zum Teil noch unvollendet waren.

„Sie sind ja eine Künstlerin, Miß Stephanie — Miß Valentine,“ verbesserte er sich.

(Forts. folgt.)

Der Arbeitsbeschaffungsfonds in der schlesischen Wojewodschaft

Großangelegte Pläne — 28 Millionen Zloty für öffentliche Notstandsarbeiten — 18 500 Arbeitslose sollen beschäftigt werden — Eisenbahnbauten, Regulierung von Flüssen und Landstraßenbauten

Schon bei der Beratung über den Arbeitsbeschaffungsfonds, im Warschauer Sejm, wurde wiederholt von seiten der Regierung darauf hingewiesen, daß die meisten Notstandsarbeiten in den Industriegebieten und den Großstädten ausgeführt werden. Dabei wurde jedesmal auf Polnisch-Oberschlesien hingewiesen, wo die Arbeitslosigkeit am größten ist.

Nun ist der Plan über die Inangriffnahme der Notstandsarbeiten in unserer Wojewodschaft fertig

und wir sind in der Lage, diesen Arbeitsplan unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen.

Die Wojewodschaftsabteilung für öffentliche Arbeiten, hat diesen Arbeitsplan fertiggestellt, und der Leiter dieser Abteilung, Herr Kaufman, bespricht diesen Plan in der „Gornoslonskie Wiadomosci Gospodarcze“. In diesem Artikel werden eine Reihe von Arbeiten angeführt, die zuerst in Angriff genommen werden sollen. Wir wollen daraus einige herausgreifen, denn das dürfte auch unsere Leser interessieren.

Herr Kaufman sagt zuerst in seinem Artikel, daß vorwiegend solche Arbeiten ausgesucht wurden, bei welchen tunlichst viel Arbeiter beschäftigt werden können und bei welchen die

Verwaltung möglichst wenig, dafür aber die Lohnkosten das meiste erfordern.

Ferner werden noch solche Arbeiten durchgeführt, wo die Arbeitswerkzeuge nicht kompliziert sind, denn man will das Geld für diese Arbeiten

möglichst den Arbeitslosen

zukommen lassen.

Da kommen zuerst die Landstraßen in Frage, weil hier der Arbeiterlohn das meiste erfordert. Es werden Landstraßen mit Schutt bestreut, gepflastert und asphaltiert.

Insgesamt werden 85 Kilometer gepflastert.

Die Pflasterungsarbeiten erfordern

5 900 000 Zloty,

wovon 60 Prozent das Material und 40 Prozent der Lohn erfordern wird. Die Pflastersteine werden aus Wolhynien bezogen und die Eisenbahn hat sich damit einverstanden erklärt, die Transportkosten dabei bis auf Minimum herabzusetzen.

Weiter werden viele

neue Eisenbahnstrecken gebaut.

Zuerst wird die Bahnstrecke Chybie—Sokczow, Ustron—Wisla und Strzebin—Wozniki neugebaut. Diese Bahnstrecke wird 36 Kilometer lang sein. Eine Reihe von Bahnstrecken befinden sich schon im Bau, bezw. wurden die Bauarbeiten in Angriff genmmen. Es ist das die Bahnstrecke Wisla—Glebce. Sie ist 5 Kilometer lang. Eine zweite Bahnstrecke, die 30 Kilometer lang ist, befindet sich im Bau, und zwar die Strecke Teschen—Zebrzydowice, ferner die neue Bahnstrecke Moszczenica, 30 Kilometer lang. Bekanntlich wird die neue Bahnstrecke Rybnik—Sohrau gebaut und eine neue Bahnstrecke Pleß—Tichau—Neu Berun wird geplant. Bis jetzt fahren die Züge von Pleß nach Berun über Kattowitz und machen einen großen Umweg. Die Bahnstrecke Rybnik—Sohrau wird bekanntlich durch die

freiwilligen Arbeitskolonnen gebaut.

Die erste Arbeitskolonne ist dort schon mehrere Monate bei der Arbeit und die zweite wird demnächst anfangen. Sie wurde etwa vor einer Woche zusammengestellt.

Herr Kaufman ist für dieses Arbeitssystem sehr begeistert und empfiehlt dieses Arbeitssystem auch in anderen Gebieten des polnischen Staates.

Für den Bau der neuen Bahnstrecken sind 3 Millionen Zl. vorgesehen.

Weiter kommt die

Regulierung der Flüsse

in Betracht und hier sollen die meisten Arbeiter beschäftigt werden.

Für die Regulierung der Flüsse sind 11,7 Millionen Zloty vorgesehen und von diesem Betrag entfallen auf den Arbeiterlohn 6,3 Millionen Zloty,

während das übrige die Verwaltung und das Material verschlingen wird. Natürlich verschlingen auch die Grundstücke viel Geld, weil sie von den Besitzern gekauft werden müssen. Es werden nachstehende Flüsse reguliert. Weichsel, Brynica, Bialka und Rawa.

Von der Schwarzen Przemsa finden wir in dem Artikel kein Sterbenswörtchen,

wollen uns aber damit trösten, daß diese Arbeiten die Kielcer Wojewodschaft ausführen wird und deshalb wurden sie aus dem Bauplan der schlesischen Wojewodschaft ausgeschieden. Auf diese Arbeiten legen wir besonders Gewicht, denn man hat bereits ausgesprochen, daß bei der Regulierung der Schwarzen Przemsa

6 000 Arbeiter beschäftigt werden.

Zu bedauern ist nur, daß die Inangriffnahme der Przemsaarbeiten so schleppend vor sich geht.

Weiter will die schlesische Wojewodschaft

das Terrain für Häuserbauten in Groß-Kattowitz vorbereiten.

Ein Teil der Gebiete gehört der schlesischen Wojewodschaft, insgesamt 20 Hektar und ein anderer Teil der Stadt Kattowitz, insgesamt 25 Hektar. Diese Gebiete liegen in Ellgoth und sie werden entsprechend geebnet, dann wird dort die Wasserleitung und die Kanalisation gezogen bezw. gelegt und diese Grundstücke werden billig und für lange Dauer an Privatpersonen für Bauzwecke verpachtet

Die Bautätigkeit wird durch Gewährung von Baukrediten aus dem Schlesischen Wirtschaftsfonds unterstützt.

Man hofft dadurch eine weitere Entwicklung der Stadt Kattowitz zu erzielen. Die Kosten dieser Arbeiten werden 2,2 Millionen Zloty erfordern.

Im Teschener Gebietsteil ist weiter der Ausbau des Wasserleitungsnetzes geplant. Es handelt sich um das Wasserleitungsnetz Ustron, Dziedzic und Alexandrowice. Diese Arbeiten werden 5 Millionen Zloty erfordern.

Alle oben angeführten Arbeiten werden nicht weniger, als 28 Millionen Zloty erfordern und bei diesen Arbeiten werden 18 500 Arbeitslose beschäftigt.

So lautet der Plan, der von der Abteilung für öffentliche Arbeiten der schlesischen Wojewodschaft, entworfen wurde. Das ist allerdings erst der Plan, denn es ist sehr fraglich, ob die Wojewdschaft über die Mitteln verfügen wird, die dazu erforderlich sind, um überhaupt die Arbeiten zu beginnen. Wir hegen Zweifel, aber wollen mit der Kritik abwarten. Es wird sich bald zeigen, ob diese Pläne verwirklicht werden oder nicht.

Die menschliche Vernunft im nationalistischen Kampfe

Was man von uns fordert — Vergleiche von hüben und drüben — Der beschränkte Einfluß der Sozialisten — Die Beschlüsse der P. P. S. — Freie Hand der Regierung

Der große Umschwung in Deutschland konnte nicht ohne Folgen auf unsere Verhältnisse bleiben. Das haben wir sofort ausgesprochen und das ist auch eingetreten. Hier muß kategorisch festgestellt werden, daß auf die Dinge die Sozialisten hüben noch drüben Einfluß haben. Drüben dürfen sie nicht einmal offiziell zu den Vorgängen Stellung nehmen und bei uns müssen sie bei der Stellungnahme sehr vorsichtig sein, damit sie mit dem Zensor bezw. den „Studenten“ nicht in Berührung kommen.

Hätten die Sozialisten einen Einfluß auf den Lauf der Dinge, dann hätten wir Ruhe zu beiden Seiten der Grenze.

Einfluß hin und Einfluß her, aber solange der Mensch in diesen Verhältnissen lebt, denkt er an sie und befaßt sich mit ihnen. Natürlich müssen auch wir uns mit den Verhältnissen befassen. Das was in Deutschland geschieht, wird abgestritten und man kann schlecht sagen, was wahr und was unwahr ist. Aber selbst angenommen, daß dort alles Unglaubliche geschieht, so beweist das noch lange nicht,

daß dasselbe auch sofort bei uns geschehen muß.

Wir verstehen manches und verstehen auch, daß der Bauer sich zur Wehr setzt, wenn er hört, daß sein Haus angezündet werden soll. Es wäre auch grundsätzlich gegen Einberufung und Abhaltung von Protestversammlungen nichts einzuwenden, wenn jedoch das „Wenn“ und das „Aber“ nicht dabei wäre. Man muß sich doch klar darüber sein,

daß ein Unrecht durch ein zweites Unrecht nicht gut gemacht werden kann.

Wer es will, der möge protestieren, soll aber die anderen, die keine Lust dazu haben, in Ruhe lassen.

Natürlich können die Sozialisten den nationalen Rummel nicht mitmachen. Wir brauchen wohl keine Beweise mehr, daß der Nationalismus zu Verwilderung führt. Wohl nehmen an den Protestversammlungen auch besonnene Elemente teil, die für Ruhe und Ordnung eintreten, aber das beweist gar nichts. Nach einer solchen Versammlung kann es sehr leicht zur Ruhestörung kommen. Es kann sehr leicht zu Ueberfällen auf Unschuldige kommen, was ja auch geschieht. Die Polizei hat nicht selten nach solchen Versammlungen die Hände voll zutun.

Die P. P. S. hat sich mit diesen Protestaktionen eingehend befaßt und hat als sozialistische Partei die Teilnahme an den Protestversammlungen abgelehnt. Das war vorauszusehen und das ist auch geschehen. Jetzt nehmen an den Protestversammlungen alle polnischen nationalen Vereine teil, mit Ausnahme der Sozialisten. Die Aufgabe der Sozialisten besteht eben nicht darin, als Anhängeschwanz in nationalen Umzügen zu marschieren und sie marschieren auch nicht. Das hat aber die guten Patrioten in große Aufregung versetzt und sie beschimpfen einzelne Sozialisten. Die „Zachodnia“ hat einmal auf das gemeinste dem Genossen Caspari in Myslowitz angegriffen, daß er derjenige war, der die Teilnahme der P. P. S. an der Protestaktion verhindert hat. Angeblich sollte Genosse Sycha der gemeinsamen Protestaktion zugestimmt haben, dann kam aber Genosse Caspari hinzu und hat das verhindert. Das ist natürlich ein gefundenes Fressen der Nationalisten gegen den Genossen Caspari, den man als „Verräter“ bezeichnet und zugleich auf seinen Posten als besoldeter Stadtrat die Zähne fletscht. Das Letztere dürfte hier wahrscheinlich ausschlaggebend gewesen sein. Der Genosse Caspari hat hier als Mitglied der PPS. nur seine Pflicht erfüllt, wenn er sich gegen die Teilnahme de. Partei an der nationalen Protestversammlung in Myslowitz erklärte.

Wir haben die Behörden dazu da, um über die nationale Sicherheit des Landes zu wachen. Das besorgen sie natürlich auch reichlich. Sie schenken einem Gegner nichts, nicht das Geringste und man soll diesen Behörden das Nötige überlassen. Es ist nicht einzusehen, warum die guten Patrioten einspringen müssen, um die Situation zu retten. Sie werden sie nicht retten, sondern nur noch mehr verwirren. Darauf kommt es eben an und das will man in den nationalistischen Kreisen erreichen. Dazu können sich aber die Sozialisten nicht hergeben.

Polnisch-Schlesien

Die Herrn Rechtsanwälte

In den letzten Jahren ist die Zahl der Rechtsanwälte gewaltig gestiegen. Es genügt einen Rundgang durch unsere Wojewodschaftshauptstadt zu machen, um sich zu überzeugen, daß die Rechtsanwälte-Schilder noch zahlreicher vorkommen, als die „Vitulitengeschäfte“. Natürlich ist das für die Rechtsanwälte gar nicht erfreulich, denn sie haben nichts zu tun. Sonderbarerweise haben die Rechtsuchenden auch nichts davon. Wer das nicht glaubt, der möge einen von diesen Herrn Rechtsanwälten besuchen. Wenn im Handel ein Artikel massenhaft vorhanden ist, so sinkt der Preis, das ist schließlich die natürliche Folge des großen Angebots. Bei den Rechtsanwälten gilt das eben nicht. Die Zahl der Rechtsanwälte ist groß, sogar sehr groß, aber deshalb ist der Rechtsschutz, für den Rechtsuchenden nicht billiger geworden.

In den anderen freien Berufen ist natürlich auch eine Ueberfüllung zu verzeichnen. Da hatten wir einen gewaltigen Zustrom von Zahnärzten und Zahntechnikern bekommen. Die Preise wurden durch diesen Zustrom gedrückt, aber das dauerte nicht lange. Die Zahnärzte haben ein „Syndikat“ abgeschlossen, so wie unsere Grubenbarone. Sie haben zwar festgestellt, daß „Kohle“, pardon, Zahnärzte genug vorhanden sind, aber man „kartellisiert“ sie und dann werden sie eben teuer. So hat man beschlossen und setzte den Preis fest. Die Zahnplombe kostet 7 Zloty und daran darf nicht gerüttelt werden. Wer sie billiger haben will, kann nach Sosnowiec gehen. Dort bezahlt er 5 Zloty. Die Kohle in Dombrowa Gornicza ist auch ein wenig billiger, als die Kohle in Polnisch-Oberschlesien und folglich muß die Zahnplombe dort auch ein wenig billiger sein. So haben die Zahnärzte und Zahntechniker kalkuliert und so gilt es seit dieser Zeit.

Die Herrn Rechtsanwälte haben sich auch „kartellisiert“. Sie haben die Preise festgesetzt und dabei bleibt es. Wer die Taxe nicht bezahlt oder nicht bezahlen kann, der mag schauen, wie er fertig wird. Das ist Sache des Rechtsuchenden, niemals aber des Rechtsanwalts.

Ein Siedlok aus Bierun kam einmal nach Kattowitz und wollte sich das Gericht ansehen. Man hat ihm erzählt, daß sich jeder die Gerichtsverhandlungen anhören kann und braucht dafür nichts zu bezahlen. Das hat dem Bauern sehr in den Kram gepaßt, denn er hatte auch eine Gerichtsache und wollte sich ein wenig auf seine Gerichtsverhandlung vorbereiten. Er wollte sich sozusagen ein wenig in Gerichtsdinge einüben und entschloß sich eine Gerichtsverhandlung aufzusuchen. Natürlich ist er mit seinem Gespann nach Kattowitz gekommen, aber seine „Rosse“ waren sonst brav wie die Ziegen, und blieben selbst Tag und Nacht an derselben Stelle stehen, wo der Bauer sie stehen ließ. Nur mit der Peitsche war der Bauer nicht ganz sicher. Die Peitsche kann man auf dem Wagen nicht liegen lassen, denn sie wird sofort gestohlen. Schließlich gehört eben die Peitsche zu dem Bauer, wie die Nase ins Gesicht und er wollte sie überall mitnehmen, zur Gerichtsverhandlung natürlich auch.

Unser Siedlok, von dem wir hier erzählen, war ein recht gerissener Siedlok, der jedes Jahr einige Furchen von dem Landweg wegpflügte, bis er seinen Nachbar mindestens um 20 Furchen betrogen hat. Dieser protestierte anfangs und als das nichts nützte hat er den Siedlok verklagt. Das hat der Bauer gewußt und deshalb wollte er sich eine Gerichtsverhandlung anhören.

Man zeigte ihm das Gerichtsgebäude in der Andreasstraße. Der Bauer besichtigte das große Haus von allen Seiten und bekam Respekt vor einem Gericht, besonders aber von dem roten Haus im Hintergrunde. Dort müssen viele sitzen — dachte sich der Bauer — und entschloß sich endlich mit klopfendem Herzen in das Gerichtsgebäude einzutreten. Er kroch eine Treppe hinauf, wurde ganz verwirrt, denn er sah keine Leute, sondern lediglich Türen und noch einmal Türen. Ab und zu ging jemand vorüber, aber die Leute gingen so schnell und verschwanden irgendwo so schnell, daß er mit niemandem reden konnte. Er stand ratlos da und wollte schon umkehren, aber er konnte den Rückweg nicht mehr finden. In der Hölle kann es auch gar nicht schlimmer sein — dachte sich der Bauer — und kroch einige Stufen höher. Dort war wieder dasselbe, Türen und noch einmal Türen. Eine Tür war doch anders als die andere und er wollte sich überzeugen warum. Niemand war in der Nähe und er machte sich an der eisernen Tür zu schaffen. Dann guckte er durch das Loch hinein. Im selben Moment bekam er einen Rippenstoß, daß er mehrere Meter wegflog. Es war das ein Polizeibeamter, der ihn so „begrüßte“. Schon wollte der Bauer die Peitsche heben, als ihm diese von rückwärts entrissen wurde. Es war das ein zweiter Polizeimann. In demselben Moment kam ein Herr vorbei und dieser redete den Bauer sehr freundschaftlich, wie sein alter Bekannter an. Brauchen sie einen Rechtsanwalt? Der Bauer, der dem Weinen nahe war, nickte zu und schon hat man ihn untern Arm genommen und aus dem unfreundlichen Hause weggeführt. 50 Zloty Honorar hat der Bauer bezahlt und er hätte noch denjenigen die Hand geküßt, die ihn aus dem unfreundlichen Hause hinausgeführt haben.

Die Gehälter der Staatsbeamten

Eine Abordnung der Staatsbeamten hat im Finanzministerium vorgesprochen, um sich zu erkundigen, ob die Beamtengehälter tatsächlich abgebaut werden sollen. Die Abordnung wurde vom Vizeminister Roznowski empfangen, der erklärte, daß die Regierung keinen Abbau der Beamtengehälter plane. Die Beamtenabordnung war von dieser Erklärung nicht sonderlich erbaut, denn sie war nicht genug kategorisch und nach einem Monat kann die Frage aktuell werden. Daß die Gerüchte aus der Luft gegriffen wurden, ist schwer anzunehmen und die große Beunruhigung unter den Staatsbeamten dürfte schon ihre Gründe haben.

Geht die Zahl der Arbeitslosen zurück?

Am 22. April hat das Statistische Hauptamt einen Wochenbericht über die Zahl der Arbeitslosen in Polen veröffentlicht. Nach diesem Bericht wurden am 22. April in Polen 263 060 Arbeitslose gezählt, mithin um 5 318 weniger als in der Vorwoche. In der schlesischen Wojewodschaft ist angeblich die Zahl der Arbeitslosen um 726 im Vergleich zu der Vorwoche zurückgegangen. Nach diesem Bericht zählte man bei uns nur 83 750 Arbeitslose.

Blutige Krawalle bei Limanowa

Am vergangenem Montag kam es in der Gemeinde Wielka Kasima zwischen einer Menschenmenge und der Polizei zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei ein Toter und mehrere Verletzte zu verzeichnen sind. Die Polizei hat zwei Personen verhaftet und wollte sie abführen. Den vier Polizeibeamten stellte sich eine Menschenmenge entgegen, umringte die Beamten und ging gegen sie mit Stöcken und Steinen vor. Daraufhin haben die Beamten in die Menge geschossen. Es wurden mehrere Revolverschüsse abgefeuert, worauf hin die Menge flüchtete. Ein Schwerverletzter blieb auf der Straße liegen und ist kurz darauf gestorben. Es sollen noch mehrere Personen verletzt sein, weil die Polizei aus unmittelbarer Nähe in die Menge hineinschoß. Am Tatorte ist eine gerichtliche Untersuchungskommission, mit dem Staatsanwalt an der Spitze, erschienen.

Gestern ist auch in Warschau zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Arbeitslosen gekommen. Etwa 200 Arbeitslose haben sich vor dem Arbeitslosenamte, auf dem Mirowskiplatz versammelt, die nach Arbeit und Brot riefen und einen Straßenumzug formierten. Aus einem vorbeifahrenden Straßenbahnwagen sprangen viele Polizisten heraus, die mit dem Gummiknüppel gegen die Arbeiter vorgingen. Der Arbeitslosen bemächtigte sich eine Panik und sie versteckten sich hinter die Marktbuden, wobei einige Ständer demoliert wurden.

Deutscher Kulturbund für Polnisch-Schlesien t. z.

Am Donnerstag, den 27. April, abends 7 Uhr, findet in Kattowitz, im Reitzensteinsaal, ul. Marjacka 17, die

Hauptversammlung des Deutschen Kulturbundes

statt.

Tagesordnung:

1. Verlesung und Beschlußfassung über das Protokoll der vorjährigen Hauptversammlung.
2. Geschäftsbericht.
3. Kassenbericht.
4. Bericht der Rechnungsprüfer.
5. Wahl der Rechnungsprüfer für das nächste Geschäftsjahr.
6. Allgemeines.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Satzungen jeder dem Kulturbund angeschlossene Verband mindestens zwei Vertreter zu entsenden berechtigt ist, höchstens 10, für jedes angefangene 1000 zwei.

Ein Grubeningenieur verhaftet

Der technische Leiter der Kleophasgrube, Ingenieur Friedrich Kabusch, wurde gestern in Haft genommen, weil er den Polen angeblich mit dem Hitler gedroht haben sollte und bei dieser Gelegenheit den polnischen Staat beleidigt hat. Er sollte auf die Arbeiter eingewirkt haben, daß sie sich auch über den polnischen Staat lustig machen sollen. Die Arbeiter haben sich gegen den Ingenieur Kabusch bei der Polizei beschwert, woraufhin seine Verhaftung erfolgte. K. wurde dem Untersuchungsrichter Strzelczyk vorgeführt und wird sich wegen Verächtlichmachung des polnischen Staates zu verantworten haben.

Ausklang der Schmuggelprozeßsache gegen Direktor Egg

40 000 Zloty Geldstrafe und 8 Monate Gefängnis. — Ausweisung als lästiger Ausländer.

Am gestrigen Dienstag wurde durch den Präses des Landgerichts in Kattowitz das Urteil in der sensationellen Schmuggelaffäre gegen den Schweizer Direktor Heinrich Egg bekannt gegeben. Egg erhielt eine Geldstrafe von insgesamt 40 000 Zloty, im Nichteintreibungsfalle eine Freiheitsstrafe von 1 Jahre Arrest und ferner wegen fortgesetzten, berufsmäßigen Warenschmuggels 8 Monate Gefängnis, bei Abrechnung der Untersuchungshaft vom 17. Januar bis 25. April cr. Außerdem wurde dem Verurteilten die Tragung der Gerichtskosten in Höhe von 4,040 Zloty auferlegt.

In der Urteilsbegründung wurde dargelegt, daß Direktor Egg im Laufe der Zeit Waren im Werte von 19 000 Zl. auf illegalem Wege nach Polen einführte und auf solche Weise den polnischen Staatsschatz durch Umgehung der Zollgebühren um rund 40 000 Zloty schädigte. Als strafmildernd wurde lediglich der Umstand in Erwägung gezogen, daß Direktor Egg bis dahin unbestraft gewesen ist. Dagegen aber wirkt die Tatsache erschwerend, daß der Angeklagte, der sich in einer günstigen Vermögenslage befindet, aus gewinnsüchtigen Motiven fortgesetzt Schmuggel betrieb, obgleich keinerlei Notlage vorlag, wie beispielsweise bei den vielen kleinen Schmugglern, die infolge Arbeitslosigkeit und Not zum Schmuggelgeschäft greifen. Da Direktor Egg das polnische Gastrecht in schnöder Weise mißbrauchte, erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt die Ausweisung aus Polen. y.

Kattowitz und Umgebung

Programm der nächsten Stadtverordnetensitzung.

Am Freitag, den 28. April, nachmittags 5 Uhr, findet im Stadthaus, ulica Pocztowa 2 in Kattowitz die nächste Stadtverordnetensitzung statt. Die Tagesordnung weist nachstehende Vorlagen auf: Niederschlagung von Kosten in Höhe von 7967,67 Zl., die durch das Mietseinigungsamt, sowie das Kaufmanns- und Gewerbegericht infolge Zahlungsunfähigkeit der Parteien nicht eingezogen werden können; Bereitstellung von Mitteln im Betrage von 74 Tausend Zloty, für Umbau des Schulgebäudes auf der Jagiellonska bei gleichzeitiger Schaffung sanitärer Einrichtungen; Bewilligung von 104 Tausend Zloty für den Bau von 48 Wohnungen in Bedersdorf (Ortsteil 3); Bereitstellung von 10 Tausend Zloty für Einkleidung armer Erstkommunikanten; Bewilligung einer Summe von 305 Tausend Zloty für Erd-, Wege- und Kanalisationsarbeiten, sowie Fortsetzung der Erdarbeiten in der städt. Schwimmanstalt auf Buglowisna; Aufnahme einer Subvention bei der Wojewodschaft im Betrage von 40 Tausend Zloty für Instandsetzung der Brücke über das Rawaflußbett, sowie einer weiteren Subvention von 6864,36 Zloty für Anlegung der Bürgersteige vor dem neuen Finanzgebäude auf der Zielona; Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes der städtischen Sparkasse für das Geschäftsjahr 1932; Bestätigung einiger Pläne über Verteilung von Anliegekosten für Straßenausbau und Kanalisation. y.

Ein neuer Gaunertrick. In der Blumenhandlung der Marie Rosmus auf der ulica Francuska in Kattowitz wurde ein Mann vorstellig, welcher eine Bestellung auf Anlieferung von 5 Kränzen im Werte von 183 Zloty aufnahm. Er versicherte, daß die Begleichung der Rechnung in wenigen Minuten durch eine Verwandte erfolgen werde, die im gleichen Hause wohnhaft sei. Dann ließ er sich von der Geschäftsinhaberin die restlichen 17 Zloty von den 200 Zloty, welche durch die Verwandte alsbald gezahlt werden sollten, aushändigen. Später wurde festgestellt, daß man es mit einem Gauner zu tun hatte, welcher durch diesen Trick die 17 Zloty herausschwindelte. Festgenommen wurde indessen eine gewisse Josefa Krzeminska aus Sosnowitz, die als Komplizin des Betrügers angesehen wird. x.

Roter Sport

Geländeläufe am 1. Mai — Kein Sportler darf im Umzug fehlen! — Beginn der Fußballverbandsspiele am kommenden Sonntag — Zahlreiche Freundschaftsspiele am 1. Mai

Der traditionelle Mailauf.

Der schlesische Bezirk des Arbeitersportverbandes eröffnet den Weltfeiertag des Proletariats mit den schon zum Programm gehörigen Geländeläufen. Start und Ziel ist der Kosciuszko-Turm im Kattowitzer Südpark. Alle Teilnehmer versammeln sich um 7 Uhr morgens daselbst. Die Strecke der Sportler ist 4000, die der Sportlerinnen 1000 u. die der Junioren 2000 Meter lang. Eine Meldepflicht besteht nicht, doch ist es Pflicht eines jeden Vereines, einige Teilnehmer zu dieser Veranstaltung zu bestimmen. Dieser Lauf ist kein ausgesprochener Wettlauf um den ersten Platz, sondern als Begrüßung für den Tag des Proletariats gedacht, deshalb müßten alle einigermaßen fähigen Arbeitersportler am Start erscheinen. Eine Startgebühr wird gleichfalls nicht erhoben. Anschließend daran nehmen die Sportler am Umzug durch die Stadt teil. Dieser formiert sich um ½10 Uhr an der Ausstellungshalle im Südpark. Dortselbst finden die Ansprachen statt, danach marschieren alle Demonstranten unter Vorantritt der roten Banner geschlossen durch die Stadt. **An diesem Umzug sollen, wie im Vorjahr, alle Sportler in Sport- oder Turnkleidung teilnehmen.** Fuß- und Handballer erscheinen in ihrer Mannschaftskleidung, während die Turner und Turnerinnen, Leicht- und Schwerathleten in ihren Dreß zu marschieren haben. (Bei Turnern und Turnerinnen ist kurze schwarze Hose und weißes Leibel vorgeschrieben.) Arbeitersportler, in Massen heraus! —

Der Start in die erste Fußballserie.

Am kommenden Sonnabend und Sonntag nehmen die Verbandsspiele um den diesjährigen Meistertitel ihren Anfang. Die Einteilung haben wir bereits veröffentlicht und werden nunmehr von Sonntag zu Sonntag die laufenden Spiele und die von der Schiedsrichtervereinigung mit der Leitung derselben beauftragten Genossen an dieser Stelle veröffentlichen.

So stehen sich am Sonnabend gegenüber:

RKS. Jednosc Königshütte — RKS. 32 Bismarckhütte auf dem AKS.-Platz Königshütte (Schiedsr. Gen. Klaszczyk-Chorzow)
RKS. Neudorf — RKS. Eintrachthütte in Neudorf unter Leitung des Genossen Morgalla-Janow.

Sonntag, den 30., werden die Pflichtspiele fortgesetzt. Es steigen insgesamt 7 Begegnungen (Platzbauer erstgen.), und zw.:

RKS. Naprzod Chorzow — 1. RKS. Kattowitz (Wieczorek).
RKS. Jednosc Zalenze — RKS. Zalenzerhalde (Morgalla).
RKS. Naprzod Lipine — RKS. Kolejarz Tarnowitz (Schiedsrichter Siedlaczek).
RKS. Naprzod Emanuelssegen — RKS. Sila Gieschewald (Schiedsrichter Skupin).
RKS. Sila Myslowitz — RKS. Sila Janow (Strzypietz).
RKS. Tur Schoppinitz — RKS. Wilhelminehütte (Schiedsrichter Straszek).
RKS. Przyjazn Bielszowitz — RKS. Sila Michalkowitz (Schiedsrichter Palka).

Alle Spiele beginnen um 16 Uhr nachmittags, sofern nicht zwischen den Gegnern und dem Schiedsrichter rechtzeitig andere Vereinbarungen getroffen wurden.

Freundschaftsspiele am 1. Mai.

Die Bismarckhütter Vorwärtsmannschaft empfängt am Feiertag um ½3 Uhr auf dem Ruchplatz in Bismarckhütte die als sehr spielstark bekannte Elf des jüdischen Arbeitersportvereins „Gwiazda" aus Sosnowitz, während der RKS. Jednosc Königshütte als Gast bei Eiche Hindenburg weilt. Eiche ist in der letzten Zeit stark in den Vordergrund getreten und konnte kürzlich in Michalkowitz eine Kombination Michalkowitz — Janow in überlegenem Stil abefrtigen. Man kann deshalb diesem Rennen mit Spannung entgegensehen.

> **Massen heraus! Ihr Trommler rührt die Hände!**
> **Die Internationale singt das Volk dabei!**
> **Nicht lange mehr, es naht die Weltenwende —**
> **Die Welt der Arbeit feiert den 1. Mai!**

Nächtlicher Wohnungseinbruch. Zur Nachtzeit wurde in die Wohnung der Hedwig Lagut auf der ul. Lompy 7 in Kattowitz mittels Nachschlüssel ein Einbruch verübt. Die Täter durchwühlten dort sämtliche Schränke und Fächer und stahlen Damengarderobe, Wäschestücke usw. Der Gesamtschaden wird auf 250 Zloty beziffert. Den Einbrechern gelang es mit der Diebesbeute zu entkommen. y.

Königshütte und Umgebung

Ein trauriger Rekord.

Im Königshütter Arbeitslosenamt sind nach den neuesten Feststellungen an die 11 000 Leute als Arbeitslose registriert. Wenn die Zahl der nichtregistrierten Erwerbslosen in Höhe von etwa 5000 Leuten hinzugenommen wird, so kann festgestellt werden, daß in keiner anderen Stadt Polens eine derart hohe Arbeitslosenziffer anzutreffen ist. Die Einwohnerzahl von 82 000 zugrunde gelegt, ergibt, das fast jeder 6. Bürger der Stadt Königshütte erwerbslos ist. Bei Berücksichtigung, daß die meisten Erwerbslosen noch mehrere Familienmitglieder zu unterhalten haben, macht feststehend, daß fast die Hälfte der Einwohnerschaft der öffentlichen Fürsorge zur Last fällt. Gekennzeichnet wird dies am besten, durch die Verteilung der Essen in den Suppenküchen, wo täglich weit über 8000 Personen die Küchen aufsuchen. Ein trauriger Rekord und der der Stadtverwaltung besonders viel Kopfschmerzen macht. Alle in den Haushaltungsplan gesetzten Zahlen für die städtische Fürsorge, werden durch die ständig zunehmende Notlage über den Haufen geworfen.

Wie schnell die Arbeitslosigkeit gerade in Königshütte um sich gegriffen hat, lassen einige Vergleichzahlen aus den früheren Jahren erkennen. Im Jahre 1929 wurden an die 1109 Arbeitslose registriert. Ein Jahr später erhöhte sich die Zahl auf 4134, im Jahre 1931 auf 9687. Im vergangenem Jahre und auch am Anfang dieses Jahres sind an die 11 000 Leute als arbeitslos registriert. In diesen Zahlen sind die vielen turnusmäßig Beurlaubten und Kurzarbeiter nicht enthalten und betragen auch mehrere hundert Leute. Durch die zunehmende Arbeitslosenzahl werden die Hilfsmittel immer geringer. Von den registrierten Erwerbslosen bezieht nicht einmal die Hälfte die laufende Unterstützung, während die anderen ausgesteuerten Arbeitslosen aus besonderen Beihilfen der Stadt und Hilfsausschusses leben müssen. Hinzu kommt noch, daß die gewährten Unterstützungen durch die gesetzliche Pflichtarbeit abgearbeitet werden müssen. Die großen Hoffnungen auf den freiwilligen Arbeitsdienst scheinen sich auch nicht zu erfüllen, denn es ist nirgends eine besondere Arbeitsaufnahme festzustellen. Und trotzdem gibt es in Königshütte ein großes Betätigungsfeld, beim Wege- und Straßenbau. Leider fehlt es bis jetzt an den versprochenen Geldmitteln. Die von der Stadt bewilligten vorläufigen 20 000 Zloty bedeuten als erstes einen Tropfen auf den heißen Stein, zumal die Stadtverwaltung noch die Materialienbeschaffung davon vornehmen muß. Die Erweiterung der ulica Krakusa, bei der an die 30 Erwerbslose beschäftigt wurden, geht ihrem Ende entgegen. Nur durch Zuweisung von größeren Geldmitteln durch die Wojewodschaft könnte in der Stadt eine größere Tätigkeit aufgenommen werden, weil es an Arbeitsgelegenheit nicht mangelt. t.

Gefängnisstrafen wegen Sittlichkeitsvergehen. Am Dienstag hatten sich vor der erweiterten Strafkammer in Königshütte Erich Korzekwa, Siegfried Nieluda und Josef Paskula zu verantworten. Es wurde ihnen zur Last gelegt, die Anna D. in eine Wohnung gelockt und sie vergewaltigt zu haben. Die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erbrachte ihre Schuld. Das Urteil lautete für Nieluda auf 8 und die beiden anderen Angeklagten auf je 6 Monate Gefängnis. Eine zweijährige Bewährungsfrist wurde ihnen zugebilligt. — Anschließend an diese Verhandlung stand der Eisenbahner Michael Glombek aus Königshütte vor den Gerichtsschranken. Der Anklage nach, wollte er sich an seinem 11jährigen Kinde sittlich vergehen, was ihm aber nicht gelungen ist. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist, weil er noch unbestraft ist. t.

Zwischenfall im Gerichtsgebäude. Ein gewisser Rudolf Kapias aus Bismarckhütte hatte sich am Dienstag vor dem Königshütter Burggericht wegen Diebstahl zu verantworten. Verärgert über das angeblich hohe Urteil, riß K. im Hausflur am Geländer herum und warf eine im Hausflur stehende Bank gegen die Tür der Strafkammer. Als ihn der Polizeibeamte Gornek verhaften wollte, riß K. vom Geländer ein Stück Holz ab und ging gegen den Beamten vor. Erst, als Verstärkung ankam, gelang es, K. zu verhaften. Er wurde sofort in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. t.

Siemianowitz

Beschwerden der Arbeitslosen. Bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung am vergangenen Montag mußten die Unterstützungsempfänger lange warten, ehe sie abgefertigt wurden. Dies hatte seinen Grund darin, daß an den auszahlenden Beamten gespart wurde. Bis dahin lag diese Arbeit drei Personen ob, jetzt versuchte man mit zwei Personen auszukommen, was eine Verspätung von etlichen Stunden zur Folge hatte. Hoffentlich war dies nur ein Ausnahmefall und wird nicht zur Dauererscheinung. o.

Ein Fußsteig ist keine Rennbahn. Junge Radler befahren gern Fußsteige und gefährden damit den Fußgängerverkehr. Namentlich in den Außenvierteln, wohin das Auge des Gesetzes nicht so oft hinschaut, werden auf den Bürgerwegen wahre Rennfahrten veranstaltet. Für solche Uebertretungen gibt es für gewöhnlich eine sofort vollstreckbare Strafe von 2 Zloty. o.

Die Polizei greift durch. In der Angelegenheit der Zeitungsverbrennung hat die hiesige Polizei eine Untersuchung eingeleitet und verschiedene, in Frage kommende, Personen zu Protokoll genommen. Desgleichen ist auf den Straßen der Verkehr gesichert, und die Patrouillen und Posten sind verdoppelt. o.

Aufklärung eines Wohnungseinbruches. Der in voriger Woche verübte Einbruch in die Wohnung von Bienek, ul. Barbary, geht der Aufklärung entgegen. Es soll sich hierbei um Leute handeln, welche mit den Verhältnissen wohl vertraut sind und in der Nähe wohnen. Die Polizei ist demnach also den Tätern auf der Spur. o.

Die Eigenheime werden nicht gebaut. Eine Anzahl hiesiger Bürger auch Arbeiter, hatten die Absicht, in diesem Jahre auf dem Terrain der Vereinigten Königs- und Laurahütte, das ist auf den gewesenen Bruchfeldern, welche an der neuen Straße nach dem Bienhofpark gelegen sind, Eigenheime zu bauen. Zu diesem Zwecke stellten die betreffenden Interessenten an die Direktion Anträge, um Ueberlassung von geeignetem Baugelände zu mäßigen Preise. Wie nun zu erfahren ist, soll die Verwaltung die betreffenden Anträge abgelehnt haben, so daß also der Bau dieser Häuser und Villen in Frage gestellt ist. Dadurch ist ein ziemlich umfangreiches Projekt, welches immerhin einer Anzahl von Arbeitslosen in diesem Sommer Brot und Arbeit geschafft hätte, ins Wasser gefallen. Auch die Bauindustrie würde dadurch einen Ausfall erleiden. Vielleicht überlegt sich die Verwaltung ihren Beschluß noch einmal und gibt trotzdem noch das Baugelände für diese Zwecke her, denn die Baulust in heutiger Zeit muß mit allen Mitteln unterstützt werden. Oder hat die Verwaltung vielleicht die Absicht, dort allein Kolonien zu bauen? o.

Myslowitz

Nachtapothekendienst. Bis einschließlich Sonnabend, den 29. April, versieht den Nachtapothekendienst in Myslowitz die alte Stadtapotheke auf dem Ringe. —ek.

Schoppinitz. (Keine Aufnahme der Arbeiter in den Gieschehütten.) Da dauernd Gesuche um Arbeit bei der Direktion der Gieschegrube in Schoppinitz einlaufen, wird bekanntgegeben, daß die Gesuche unbeantwortet bleiben, weil keine Neueinstellung von Arbeitern erfolgt. Durch die immer schlechter werdende Konjunktur, wird sogar in nächster Zeit mit einer weiteren Arbeiterentlassung gerechnet. —ek.

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die Lage in der Bielitz-Bialaer Textilindustrie spitzt sich zu.

Seit längerer Zeit werden Verhandlungen mit den Bielitz-Bialaern Textilindustriellen zwecks Abschließung eines Kollektivvertrages für die Textilarbeiter geführt. Bekanntlich herrscht in den meisten Textilbetrieben der vertragslose Zustand. Nachdem die bis jetzt gepflogenen Konferenzen noch kein positives Resultat gezeitigt haben, delegierte das Fürsorgeministerium ihren Vertreter in der Person des H. Ulanowski, welcher für den 19. April die Vertreter beider Interessentengruppen zu einer Konferenz einlud.

Auf dieser Konferenz ersuchte H. Ulanowski die Vertreter der Textilarbeiter um Präzisierung des Standpunktes der Arbeiter um ihn den Unternehmern entgegenzuhalten.

Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich bereit, einen Sammelvertrag zu unterzeichnen, worin die Löhne auf Grund der vereinbarten Lohnsätze vom Jahre 1930 bei den Webern um 18 Prozent, bei den Tagarbeitern um 12 Prozent herabgesetzt werden sollten. H. Ulanowski legte die Postulate den Vertretern der Textilindustriellen vor, welche erklärten, daß sie sich untereinander noch beraten müßten. Infolgedessen wurde die Konferenz auf den folgenden Tag verlegt.

Bei der neuerlichen Konferenz wendete sich H. Ulanowski an die Vertreter der Arbeiter mit dem Appell, daß sie ihren Standpunkt einer Revision unterziehen sollen, da die Unternehmer die Postulate der Arbeiter entschieden ablehnen.

H. Ulanowski machte den Vorschlag, daß man nicht die Vereinbarungen vom Jahre 1930, sondern die vom Jahre 1928 als Grundlage der Lohnfestsetzungen nehmen sollte. Die Arbeiter erklärten, daß sie sich auf eine Lohnherabsetzung auf Grund des im Jahre 1928 abgeschlossenen Lohnvertrages um 7½ Prozent bereit erklären. H. Ulanowski teilte diesen Standpunkt der Arbeiter den Unternehmern mit, welche auf diese Forderung nicht eingingen.

Infolge Zerschlagung der Verhandlungen, lud H. Ulanowski die Vertreter beider Gruppen zu einer am 24. April in Warschau stattzufindenden Konferenz ein. Infolge Zerschlagung der Verhandlungen fand in Bielitz eine große Textilarbeiterversammlung statt, bei welcher der Standpunkt der Delegierten gebilligt wurde. Es wurde beschlossen, falls die Konferenz in Warschau keine Resultate aufweisen sollte, daß die Textilarbeiter von Bielitz-Biala und Umgebung in den Streik treten werden. Die Bielitz-Bialaer Unternehmer sind ebensolche Scharfmacher, wie ihre Lodzer Kollegen. Alles muß ihnen in opfervollen Kämpfen abgetrotzt werden.

Altbielitz. (Glückwunsch.) Der sozialdem. Wahlverein „Vorwärts“, der Arbeitergesangverein „Gleichheit“ und der Verein Arbeiterheim für Altbielitz überbringen auf diesem Wege ihrem Vereinswirt Herrn Andreas Schubert und seiner lieben Braut Frl. Hedwig Schubert zu ihrer Vermählungsfeier die herzlichsten Glückwünsche.

Benefiz- und Abschiedsvorstellungen. Mittwoch, den 26. und Freitag, den 28. April finden zum Vorteil des gesamten darstellenden Personals Aufführungen von Schubert-Bertes Singspiel „Das Dreimäderlhaus“ statt. Das Interesse für „Das Dreimäderlhaus“ ist so riesengroß, daß das Ensemble sich gern veranlaßt sieht, das Singspiel Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags um 4 Uhr im Rahmen einer Fremdenvorstellung, zu wiederholen. — Sonntag abend um 8 Uhr geht Ralph Benatzkys liebenswürdiges und melodienreiches Singspiel „Meine Schwester und ich“ in Szene. Mit diesem entzückenden Stück, das seinerzeit umständehalber vom Spielplan abgesetzt werden mußte, setzte der große Erfolg der Singspiele ein, der dieser Kunstgattung auch bis zum Ende der Saison treu geblieben ist. Der Einfall, „Meine Schwester und ich“ noch einmal auf den Spielplan zu setzen, wird sicherlich allseitig wärmstens begrüßt werden. Mit diesem Stück verabschiedet sich das Personal von dem ihm lieb gewordenen Sonntagspublikum. Der Kartenvorverkauf für beide Vorstellungen beginnt Freitag um 10 Uhr vormittags.

Die Schulbeschreibungen der neueintretenden Schüler, d. i. derjenigen Kinder, welche bis spätestens 31. Dezember 1926 geboren sind, finden für die Stadt Bielsko **am Sonntag, den 30. April 1933 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und am Montag, den 1. Mai 1933 von 10 bis 12 Uhr vormittags** in der polnischen Mädchenschule in Bielsko, ul. Sienkiewicza 8 statt.

Lebensmüde. Am Dienstag, den 25. April beging der 37jährige Eisenbahnbedienstete Franz Sohlich aus Matzdorf durch Erhängen in einem leeren Eisenbahnabteil am Bielitzer Bahnhof Selbstmord. Die Ursache zu dieser Verzweiflungstat sind unbekannt. Der Lebensmüde hinterläßt Frau und vier Kinder.

Abg. Dr. S. Glücksmann

Korporationswahlrecht in dem Schlesischen Sejm

Das Gesetzesprojekt betreffend die innere Organisation der schlesischen Wojewodschaft ist nicht das einzige Gesetzesprojekt, das jetzt Gegenstand der Kommissionsberatungen bildet. Es gibt deren viele. Trotzdem beobachten wir eine merkwürdige Erscheinung. Die „öffentliche Meinung“, d. h. die breiten Volksmassen, beziehen sich zu den Vorgängen im Schlesischen Sejm mit beispielloser Interessenlosigkit. Hierzu haben vielfältige und verschieden geartete Ursachen beigetragen.

In erster Reihe wirkt sich noch immer der Ausgang der Terrorwahlen 1930 aus. Er ergab eine Dezimierung der Arbeitervertretung, eine ungeheure Stärkung der Regierungspartei.

Die Gliederung der Klubs im Schlesischen Sejm ist ein typischer krummer Spiegel der faktischen Kräfteverhältnisse im Volke. Obendrein benützt die Regierungspartei ihre parlamentarische Kraft, um von innen Schlag für Schlag gegen den Parlamentarismus zu führen. —

Eine Arbeitergruppe in der Regierungspartei erfüllt die Funktion der „Diversion“. Sie stellt Demonstrationsanträge, berechnet für die Straße und Demagogie, mit welchem das große soziale Arbeitsproblem zum Grade der Kleinmünze herabgedrückt wird. Diese Taktik der Regierungspartei verfehlte ihre Wirkung — das sei offen festgestellt — nicht. Der Glaube des schlesischen Volkes an den Schlesischen Sejm ist gänzlich verschwunden. Das schlesische Volk weiß bereits, daß es von seinem Sejm — in der jetzigen Gliederung — außer zynischer, sanatorischer Demagogie nichts mehr zu erwarten hat. —

Als daher das Gesetzprojekt dem Schlesischen Sejm unterbreitet wurde, das Leben und Inhalt den Artikeln 14 und 15 des Organischen Statutes verleihen sollte, ein Gesetzesprojekt, das vor vielen Jahren das größte Aufsehen, Interesse und Meinungskämpfe ausgelöst hätte, wurde es — aus erwähnten und anderen Gründen — mit bedenklichem Schweigen empfangen.

Nicht einmal der Umstand, daß der Regierungsklub

seine „Opposition“

gegen das Regierungsprojekt angemeldet hat, erweckte Interesse.

Was wünscht die „regierungstreue Opposition“? **Vorerst neben allgemeinen Wahlen an den Sejm auch Korporationswahlen!** Der Sinn dieser Forderung ist nicht klar ausgesprochen worden. Nur allgemein wurde angedeutet, daß die Sanacja

eine Vertretung für Wirtschafts- und Berufsintressen verlangt, was in der Gestalt zur Geltung käme, daß wirtschaftliche Selbstverwaltungskörperschaften, Kommunalverbände und Berufsvereinigungen Abgeordnete für den Schlesischen Sejm wählen oder ernennen würden.

Wir kennen dieses Wahlrecht zur Genüge. Es riecht nach Schimmel. Preußen hatte ein Klassenwahlrecht, Oesterreich ein Kurienwahlrecht. Diese Wahlsysteme enthielten Privilegien für Großgrundbesitzer und Reiche, die ihnen eine Mehrheit in den Parlamenten sicherten. Kleine Gruppen von Agrariern oder von Industriellen wählten ebenso einen (1) Abgeordneten, wie Zehntausende Proletarier und Bauern.



Aehnliche Auswirkung hätte das Wahlrecht der Korporationen. Berufsvereinigungen wie z. B. Handelskammern, Advokaten und Aerztekammern. Zünfte u. a., deren Mitgliederzahl ein paar Hundert erreicht, würden genau so einen (1) oder gar mehrere Abgeordnete wählen wie Wahlkreise mit mindestens 25 000 Einwohnern. Man muß sich genau vergegenwärtigen diesen Wahlmodus, um zu erkennen, welch reaktionärer Geist in ihm steckt. Wenn aber den Berufsvereinigungen das Wahlrecht eingeräumt werden soll, da müßte man es den Gewerkschaften einräumen, und zwar gemäß deren Zahlenmäßigkeit. Wie soll diese festgestellt werden? Unausbleiblich ist die Folge, daß letzten Endes die Gewerkschaften „verstaatlicht“ werden — ähnlich wie im faschistischen Italien. —

Aus dieser Darstellung wird es klar, wohin der Sanacjaantrag zielt: zur Faschisierung des Wahlrechts. Deshalb ihre „radikale Opposition“, die nicht ohne vorangegangene Verständigung mit den regierenden Faktoren in Szene gesetzt wurde.

Selbst wenn dieses Wahlrecht nicht beschlossen werden sollte, so ist jenes Wahlrecht, das im Gesetzesprojekte vorgesehen ist, reaktionär genug, um die Vertretung der Minderheitsnation zu schwächen und die Sozialisten gänzlich auszuschalten.

Das Gesetzesprojekt plant die Verhältniswahl, jedoch in kleinen Wahlkreisen die mindestens 5 Abgeordnete wählen. Die Chadecja hat sich für noch kleinere Wahlkreise mit höchstens drei Mandaten ausgesprochen. Sowohl die erste wie die zweite Wahlkreiseinteilung würde die Sozialisten jeder parlamentarischen Vertretung berauben. —

Aufs Messer bekämpfen sich die Chadecja und die Sanacja. In dem Bestreben jedoch die sozialistischen Parteien jeder Sejmvertretung zu berauben, werden sie sich harmonisch zusammentreffen. In normalen Zeiten, als die Parlamentstribüne den Sozialisten Gelegenheit bot, eine kräftige Stimme für die Arbeiterinteressen erschallen zu lassen, oftmals mit Erfolg, hätte der oben geschilderte Wahlrechtsraub an den Arbeitern auf den härtesten Widerstand gestoßen. Heutzutage ist der Glaube an das Parlament gänzlich entkräftet. Daher die Interessenlosigkeit breiter Massen. Wir Sozialisten dürfen keinen Abschnitt des Kampffeldes ungeschützt lassen. Wir werden also für eine gerechte Wahlordnung eintreten, im Sejm und außerhalb des Sejms. Wir müssen aber unsere Gegner darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterschaft gezwungen sein wird, in demselben Maße die außerparlamentarischen Kampfesabschnitte auszubauen, in welchem ihr der parlamentarische Kampfesboden abgeschnitten werden wird.

Kundmachung. Der Magistrat bringt den Interessenten zur Kenntnis, daß am Samstag, den 29. April 1933 um 8 Uhr früh am Viehmarktplatze neben dem städtischen Schlachthause in Biala eine öffentliche Lizitation der ausgemusterten Militärpferde stattfinden wird.

Der Bürgermeister.

Das polnische Rote Kreuz, Ortsgruppe in Bielsko, veranstaltet am 6. Mai l. Js. um 20 Uhr, in den Sälen des Hotels „Präsident“ ein „Frühlings-Tanzkränzchen“. Straßentoilette. Eintritt pro Person 1,99 Zloty. Der Reinertrag wird für Zwecke der Ferienkolonie für unbemittelte Kinder verwendet.

Handballecke

Samstag, den 29. April, 7 Uhr abends, Bezirksspielausschußsitzung. Sämtliche Vertreter haben pünktlich zu erscheinen.

Der Spielwart.

Der Prozeß gegen Goldfaden, Kleczek und Skonieczna.

Am Montag, den 24. d. Mts. begann bei dem Teschener Kreisgericht der Prozeß gegen den berüchtigten Hochstapler Siegmund Goldfaden, internationaler Betrüger, Karoline Kleczek, Frau des gewesenen Polizeikommissärs und Klara Sklonieczna, geschiedene Frau eines Offiziers. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, an verschiedenen Kaufleuten, Juwelieren und sonstigen Privatpersonen, Betrügereien und Veruntreuungen begangen zu haben. Außerdem sollen auch Dokumentenfälschungen vorgekommen sein. Dieser Prozeß rief große Sensation hervor. Der Gerichtssaal ist vollgestopft. Es sind gegen 50 Zeugen geladen.

Der Angeklagte Goldfaden steht in verwandtschaftlicher Beziehung zur Frau Kleczek. Goldfaden und Kleczek begingen eine Reihe von Betrügereien an Kaufleuten, Juwelieren usw. Den Beiden kam bei diesen sträflichen Handlungen der eine Umstand zugute, daß die Geschädigten zur Frau des Polizeidirektors Vertrauen hatten und doch auf solche Betrügereien nicht gefaßt waren. Die beiden Angeklagten nahmen Darlehen in großen Summen und gaben an, daß die Darlehnsgeber sich an einem lohnenden Geschäft beteiligen können. Außerdem nahmen sie Kleinodien, kostbare Teppiche, Diwane in Kommission. Diese Kommissionswaren verkauften die Beiden und eigneten sich das Geld an. Diese Betrügereien soll Frau Kleczek durch fast vier Jahre an verschiedenen Geschäftsleuten und sonstigen Personen betrieben haben, so daß die Gesamtschadensumme aller Geschädigten über 100 000 Zloty übersteigt.

Es wurden aber auch noch andere Personen auf eine andere Art geschädigt. Personen, welche sich bei der Polizeidirektion um Pässe, Aufenthaltsbewilligungen, Konzessionen usw. bewarben, waren der Meinung, daß ihre Angelegenheit durch die Frau Polizeidirektor begünstigt, schneller erledigt wird und kargten daher nicht mit Schmiergeldern. Aber die Frau Kleczek lockte ihnen noch außerdem Vorschüsse und Anleihen heraus.

Ferner veruntreute sie noch Gelder verschiedener Organisationen, die in die vielen Hunderte Zloty gehen.

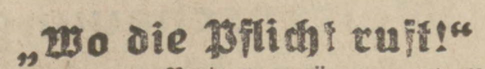
Die Sklonieczna veranstaltete auf Grund gefälschter Dokumente verschiedene Sammlungen für patriotische Zwecke, wobei sie die eingesammelten Gelder für sich verwendete.

Bis jetzt haben sich 31 Geschädigte gemeldet. Weitere Einzelheiten werden sich noch beim weiteren Verlauf der Verhandlungen herausstellen.

Dieser Prozeß wirft ein eigentümliches Licht auf die Moralbegriffe in der sogenannten besseren Gesellschaft.



Abc-Schützen in Japan



Achtung Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder. Am Mittwoch, den 26. April d. Js., findet um 5 Uhr nachmittags im Saale des Arbeiterheims in Bielitz eine Konferenz der Fabrikdelegierten, Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen sowie Kulturorganisationen in Angelegenheit der Maifeier statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein vollzähliges und pünktliches Erscheinen notwendig.

Achtung Arbeitersänger und -Sängerinnen! Chorproben für den 1. Mai. Donnerstag, den 27. April, um ½6 Uhr abends, findet im Arbeiterheim in Bielitz eine Probe für den gemischten Chor statt. Für den Männerchor findet die Probe am Freitag, den 28. April um 8 Uhr abends im Alexanderfelder Arbeiterheim statt. Alle Sängerinnen und Sänger sollen es als ihre Pflicht erachten bei den Proben sowie bei den Maiaufführungen vollzählig teilzunehmen.

Die Gauleitung.

Kroatenführer Dr. Matschek auf der Anklagebank

Belgrad. Montag früh begann vor dem Gerichtshof zum Schutze des Staates der Prozeß gegen den **Kroatenführer Dr. Matschek**, der in einer Erklärung im November des vorigen Jahres für die südslawischen Gebiete die Wiederherstellung der staatsrechtlichen Lage vom Jahre 1918 verlangt hatte, damit die Verhandlungen über die neue Einteilung des Staates von Grund auf begonnen würden. Die Anklageschrift sah in dieser Erklärung den Versuch einer **Stimmungsmache zur Lostrennung Kroatiens** aus dem südslawischen Staatskörper. Die Führer der ehemaligen serbischen Parteien, die heute ebenfalls der Opposition angehören, waren vollzählig anwesend. Den Vorsitz der Verhandlung führte der Präsident des Gerichtshofes Vasa Petrowitsch. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Iwo Marokino und die Verteidigung hat der ehemalige serbische Abgeordnete Dr. Kostitsch inne. Zu Beginn der Verhandlung erklärte Dr. Matschek, daß er die Vollmachten für seinen Verteidiger Kostitsch zurücknehme und mit der Stellvertretung den ehemaligen südslawischen Außenminister Dr. Trumbitsch, der ebenfalls Kroate ist, beauftragen wolle. Der Gerichtshof lehnte dies nach kurzer Beratung mit der Begründung ab, daß gegen Dr. Trumbitsch ebenfalls ein Verfahren wegen ähnlicher Erklärungen, wie sie Dr. Matschek abgegeben habe, bevorstehe. Nach Verlesung der Anklageschrift verteidigte sich Dr. Matschek mit dem Hinweis, daß die Staatsanwaltschaft seine Aeußerungen falsch ausgelegt habe. Er habe nicht die Abtrennung kroatischer Gebiete verlangt, sondern habe lediglich die **Voraussetzungen zu reibungslosen Verhandlungen mit den Führern der serbischen** Parteien schaffen wollen. Auch seien seine Erklärungen nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sondern nur an die Adresse der genannten serbischen Politiker gerichtet gewesen.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.
Donnerstag, den 27. April.

12,35: Schulkonzert. 15,25: Musikalisches Zwischenspiel. 15,35: Blick in Frauenzeitschriften. 15,50: Leichte Musik. 16,25: Französische Unterrichtsstunde. 16,40: Vortrag. 17: Violinmusik. 17,40: Vortrag. 18: Vortrag für Abiturienten. 18,25: Tanzmusik. 19: Sport-Feuilleton. 19,15: Verschiedenes. 20: Leichte Musik. In der Pause: Sport und Presse. 21,30: Hörfolge. 22,20: Tanzmusik.

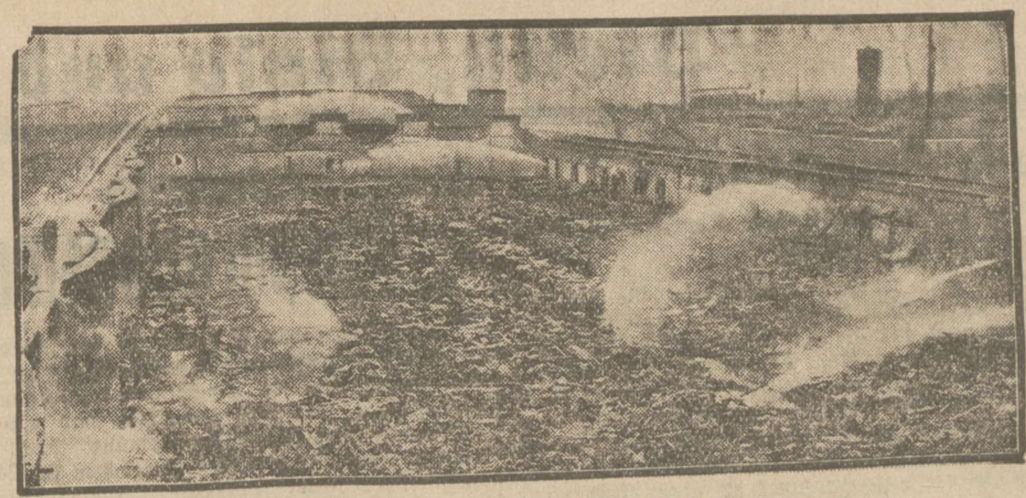
Breslau und Gleiwitz.
Donnerstag, den 27. April.

11,30: Für die Landwirtschaft. 11,50: Konzert. 15,35: Schlesischer Verkehrsverband. 15,50: Das Buch des Tages. 16,10: Unterhaltungskonzert. 17: Kinderfunk. 17,30: Stunde der Musik. 18: Stunde der Arbeit. 18,20: Der Zeitdienst berichtet. 18,35: Abendmusik. 18,50: Tagesnachrichten. 19: Stunde der Nation — Frühling am Rhein. 20: Schwänke, Schnurren und Scherze. 20,30: Konzert. 22,10: Zeit, Wetter, Tagesnachrichten und Sport. 22,40: Vogelkundlicher Spaziergang.

Elternabend der Kinderfreunde

Die Königshütter Kinderfreunde laden für Sonntag, den 30. d. Mts., abends 6 Uhr, alle Eltern und Erziehungsberechtigten nach dem großen Saale des „Volkshauses" zu einem Elternabend. Das Programm ist reichhaltig und wird ausschließlich von unseren Kleinen ausgeführt. Die Genossen und Gewerkschafter werden mit ihren Familien herzlichst gebeten, zu erscheinen. Der Eintritt ist, bei Erwerbung eines Programms, frei! — Am Nachmittag von 3 bis 6 Uhr werden im Bufettzimmer die im Winterhalbjahr angefertigten Arbeiten ausgestellt; desgleichen stellt auch die Königshütter Nähstube ihre angefertigten Waren aus mit anschließendem Verkauf derselben. Eintritt hierzu ist frei! Der Vorstand der „Arbeiterwohlfahrt".

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt u. Inserate verantwortlich: I. V.: Reinhard Mai, Katowice. Verlag „Vita" Sp. z ogr. odp. Druck der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Sp.-Akc., Katowice.



Ein Riesenfeuer in den Londoner Docks

Unser Bild gibt einen Blick auf die Brandstätte im Westindien-Dock in London, wo ein riesiges Schadenfeuer schweren Schaden anrichtete.

Maiaufmarsch und Maifeiern

Eichenau.

Am ersten Mai sammeln sich die Genossen der DSAP. und PPS. am Marktplatz in Burowietz. Von dort aus Abmarsch nach Bagno, um die Genossen aus Rosdzin u. Schoppinitz zu erwarten.

Königshütte.

Die diesjährige Maifeier wird von der DSAP. und der PPS. nach folgendem Programm abgehalten:

Montag, den 1. Mai, von 6—8 Uhr Frühkonzert auf dem Redenberg: Kapellmeister Wrzask. Nach Beendigung des Konzerts Abmarsch durch die ul. Podgorna, Poniatowskiego, Redena, Katowicka, Piastowska, Dombrowskiego, Hajducka, nach dem Ullrichschacht in Bismarckhütte. Von da aus Abmarsch mit den anderen Ortsgruppen nach Kattowitz. Daselbst Ansprachen, Umzug durch die Stadt und Auflösung. — Am Abend, 7 Uhr, findet im großen Saale des Volkshauses eine Festveranstaltung in Form einer „Proletarischen Feierstunde" statt, wozu die Genossinnen, Genossen, Gewerkschaftler und Mitglieder der einzelnen Kulturvereine freundlichst eingeladen sind. Programmerwerb berechtigt zum freien Eintritt.

Schwientochlowitz.

Laut Beschluß der DSAP. und PPS. sammeln sich die hiesigen Genossen am 1. Mai, früh um 7 Uhr, am hiesigen Marktplatz und erwarten bis 7½ Uhr die Festteilnehmer der umliegenden Ortschaften. Dann marschieren sie geschlossen nach Bismarckhütte, von wo aus der gemeinsame Abmarsch nach Kattowitz erfolgt. Die Genossen der Umgegend werden gebeten, für pünktlichen Abmarsch um 7½ Uhr zu sorgen. — Eine örtliche Abendveranstaltung findet nicht statt.

Nikolai.

Die Genossen und Genossinnen aus Nikolai und Umgegend versammeln sich um 7 Uhr früh auf dem Kartoffelmarktplatz. Von hier aus marschieren sie im geschlossenen Zuge mit einer Musikkapelle nach Kublowitz ab. Um 9 Uhr früh schließt sich der Demonstrationszug aus den Ortsgruppen Rostuchna, Murcki und Piotrowice auf dem Kreuzwege beim Restaurant Kramza an. Von hier marschiert der gemeinsame Zug nach Kattowitz zum allgemeinen Demonstrationszuge. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Golassowitz.

Laut Beschluß des Kreiskomitees: Sammeln der Teilnehmer zum Umzug nach Pleß um ½9 Uhr bei Palacz in Golassowitz. Um 9 Uhr Abfahrt per Fahrrad und Lastauto über Staude — Kl. Weichsel — Groß-Weichsel — Lonkau nach Pleß. In Lonkau Anschluß an die PPS. Von da Abmarsch im geschlossenen Zuge zu Fuß und per Fahrrad nach dem Ring in Pleß. Um 12 Uhr Ansprache des Genossen Raiwa am Ringe. Nach der Ansprache Demonstrationsumzug durch die Stadt. 3.30 Uhr Abfahrt aus Pleß nach Pawlowitz zurück. Dortselbst Auflösung. Rege Beteiligung erwünscht.

Kreis Tarnowitz.

Die Ortschaftsmitglieder **Radzionkau, Rojca, Buchatz** [illegible] meln sich um 12 Uhr mittags im Lokal Langer. Von hier marschieren selbige um 12.30 Uhr über Rudy-Piekar. In Rudy-Piekar finden die Ortschaften **Trockenberg, Bobrownik** Anschluß und setzen sich geschlossen in Marsch nach Tarnowitz zum Schützenhaus als dem bestimmten Hauptsammelpunkt.

Die Ortschaft **Kozlowagora** marschiert ab Ort um 12.30 Uhr nachm. nach Orzech über Naklo nach Tarnowitz. Die Ortschaften **Swierklaniec** und **Naklo** schließen sich in Naklo an. Von Naklo setzen sich selbige um 1.30 Uhr in Marsch nach Tarnowitz.

Die Ortschaften **Strzybnica, Opatowitz, Alt-Tarnowitz** setzen sich um 1 Uhr nachm. in Marsch nach Tarnowitz.

Die Ortschaften **Groß-Zyglin, Klein-Zyglin** marschieren über Georgenberg, Lassowitz nach Tarnowitz.

Alle Ortschaften treffen um 2.30 Uhr nachm. im Schützenhause pünktlich ein. Der Parteimiliz von DSAP. und PPS. ist unbedingt Folge zu leisten, damit Ruhe und Ordnung gewahrt werden können.

Versammlungskalender

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Mittwoch, den 26. April: Diskussionsabend.
Donnerstag, den 27. April: Sprechchorprobe in der Turnhalle der Teichschule.
Sonnabend, 29. April: Sprechchorprobe im Reitzensteinsaal.
Sonntag, 30. April: Generalprobe in der Reichshalle.

Monatsprogramm der D. S. J. P. Neudorf
Jeden Mittwoch bei Brenner um 6½ Uhr abends.

26. April: Heimabend und Gesangproben.
2. Mai: Funktionär- und Monatsversammlung.

Bekanntmachung der Gauleitung des T.-V. „Die Naturfreunde". Die für Sonntag, den 30. April, durch Rundschreiben angesagte Gau-Generalversammlung beginnt umständehalber nicht um 9 Uhr früh, sondern um 3 Uhr nachmittags. Wir bitten die Delegierten dementsprechend zu disponieren.

Kattowitz. (T.-V. „Die Naturfreunde".) Am Freitag, den 28. April, findet abends 8 Uhr im Central-Hotel unsere fällige Vorstandssitzung statt.

Kattowitz. (Arbeiter-Schachverein.) Am Sonnabend, den 29. April, abends 8 Uhr, wird das diesjährige Qualifikationsturnier abgeschlossen. Alle Teilnehmer werden ersucht, an diesem Abend zu erscheinen.

Königshütte. (Touristenverein „Die Naturfreunde".) Aus bestimmten Gründen findet unser Frühlingsvergnügen nicht statt.

Nowa-Wies. (Maifeier.) Am Sonntag, den 30. April, nachm. 3.30 Uhr, findet im Lokal des Herrn Gorecki eine Vorstandssitzung der PPS. und der DSAP. statt. Da unter anderem die Maifeier besprochen wird, ist es Pflicht eines jeden Funktionärs beider Parteien, an dieser Sitzung teilzunehmen.